

Grossgrundbesitz

Offiziell wurden der Grossgrundbesitz oder die Latifundien durch die Agrarreform von 1953 in Bolivien abgeschafft und das zum Teil nicht bewirtschaftete Land den landlosen Bauern und den im Gebiet ansässigen einheimischen Völkern zur Bearbeitung übergeben. In Tat und Wahrheit hat aber die Agrarreform bis heute nicht wirklich gegriffen, sodass der Grossgrundbesitz (über 1000 Hektaren) vor allem im östlichen Tiefland Boliviens nach wie vor existiert.

In letzter Zeit ist das Thema aus verschiedenen Gründen wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung gekommen. Einerseits fand am 4. Mai das mit viel Angst, Euphorie, aber auch Ohnmacht erwartete Referendum zur Autonomie des grössten und reichsten Departements von Bolivien, Santa Cruz, statt. Dabei war es ein öffentliches Geheimnis, dass unter den Initianten und Mäzenen dieser Volksbefragung auch die Grossgrundbesitzer und Agro-Industriellen figurieren.

Andererseits ist die Regierung schon seit langem dran, die Landreform tatsächlich in die Tat umzusetzen und Grossgrundbesitz unter die vielen Tausenden von landlosen Bauern und indigenen Völker zu verteilen. Dabei stösst sie nicht nur auf den erbitterten und bewaffneten Widerstand der angeblichen Landbesitzer, sondern auch auf sklavenähnliche Zustände auf diesen Ländereien.

Etwa 20 Familien besitzen in Santa Cruz so viel Land wie 20.000 Kleinbauern zusammen. Das Land wurde von früheren Regierungen diesen Dynastien als eine Art Entschädigung für politische Loyalität überschrieben, ohne sich um die Frage zu kümmern, welche Rechte denn die darauf ansässigen indigenen Volksgruppen haben. Der grösste Familienbesitz, soweit dies überhaupt bekannt ist, umfasst 125.000 Hektaren. In der neu vorliegenden Staatsverfassung, die noch nicht verabschiedet ist, werden als gesetzliche Obergrenze 10.000 oder 5.000 Hektaren festgelegt, eine Alternative, welche dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Es gibt mindestens 30 Einzelpersonen, die über 10.000, und gegen 100, die über 5000 Hektaren Land besitzen, was noch lange nicht bedeutet, dass sie dies auch bebauen.

Die Bestimmung im Verfassungsentwurf war einer der Gründe, warum sich die Land-Lobby und das Agro-Business in Santa Cruz für eine weit gehende Autonomie des Departements stark gemacht haben. Bolivien ist einer der grössten Soja-Exporteure der Welt. Das Getreide wird bekanntlich vorwiegend für Viehfutter verwendet; es fehlt andererseits an der ausreichenden Produktion von primären Lebensmitteln für den menschlichen Konsum, wie die Knappheit und Verteuerung dieser Nahrungsmittel (Brot, Öl, Reis, Teigwaren usw.) in den letzten Monate veranschaulicht hat. Die Agro-Industrie spekuliert mit höheren Export-Preisen und zieht es vor, den internen Markt austrocknen zu lassen.

Sklaverei in Bolivien?

Unmittelbar vor der von der Regierung als ungesetzlich bezeichneten Abstimmung zur Autonomie des Departements Santa Cruz wurde ein Skandal ruchbar, nach dem es in verschiedenen Teilen des östlichen Tieflandes von Bolivien noch immer Zustände gäbe, die als „Sklaverei“ oder zumindest „Leibeigenschaft“ bezeichnet werden könnten. An sich ist dies keine sensationelle Neuigkeit, hat doch die katholische Kirche in ihrem Hirtenbrief zur Landfrage von 2000 schon ausdrücklich auf diese Missstände hingewiesen. Nur eben: der Zeitpunkt der Volksbefragung zur Autonomie und die Bestrebungen der Regierung, die riesigen Ländereien zu „sanieren“, gaben dem Thema eine besondere Brisanz.

Es war denn auch die für die Landfrage zuständige Regierungskommission, welche die Notbremse zog und die Situation der als „Leibeigene“ gehaltenen indigenen Bevölkerungsgruppen (insbesondere der Guaraní) öffentlich anprangerte. Dies konnte den Grossgrundbesitzern im Vorfeld der Abstimmung nur peinlich sein, und als dann Kardinal Julio Terrazas, Erzbischof von Santa Cruz, die Existenz von „Sklaven“ noch in Zweifel zog, war das Fass voll.

Die katholische Kirche wurde von einem Tag auf den anderen nicht nur der „Lüge“ bezichtigt, sondern zudem als stillschweigende Anwältin von Grossgrundbesitz und Ausbeutung unschuldiger Menschen dargestellt. Tatsächlich gibt es in Bolivien noch immer „sklaven-ähnliche“ Zustände, die zwar laut Gesetz verboten sind, aber oft stillschweigend geduldet werden. Viele landlose Bauern und ansässige Indígenas (Urbevölkerung) arbeiten in feudalen Verhältnissen für den Landherrn, ohne Lohn, nur für die Kost, und leben meistens in erbärmlichen Umständen. Ähnliches gilt auch für viele Haushaltshilfen, die oft 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche für die „Herren“ schufteten, und dafür bloss eine erbärmliche Zelle und Verköstigung erhalten.

Um welche Art von „Autonomie“ geht es?

Bolivien ist bekanntlich ein zentralistisch regiertes Land, Erbe der Kolonialzeit und der Notwendigkeit, die Einheit des kulturell und landschaftlich so vielfältigen Landes zu garantieren. Seit längerer Zeit gibt es deshalb Bestrebungen, eine irgendwie föderale Struktur (ähnlich der Schweiz oder Deutschlands) einzurichten. Die Dezentralisierungsmassnahmen haben aber bisher ausser Lippenbekenntnissen kaum konkrete Ergebnisse gebracht. Der neue Verfassungsentwurf, über den noch abgestimmt werden muss, sieht weitgehende „Autonomien“ (Selbstbestimmung) der Departemente (die den Kantonen in der Schweiz ähnlich sind), Gemeinden und indigenen Territorien vor.

Andererseits haben die im so genannten „Halbmond“ zusammengefassten fünf Departemente des Ostens und Nordens des Landes (Santa Cruz, Tarija, Beni, Pando und Chuquisaca) Vorstössen unternommen, um eine nach eigenem Gutdünken gestaltete „Autonomie“ zu erwirken. Obwohl dies verfassungswidrig ist, hat Santa Cruz, das grösste und reichste Departement, am 4. Mai in einer Volksbefragung diese „Autonomie“ gutgeheissen und damit die Zentralregierung herausgefordert.

Es geht grundsätzlich um zwei verschiedene Arten der „Autonomie“ und Selbstverwaltung. Während die Regierung eine Dezentralisierung vorsieht, die den kulturellen und ethnischen Besonderheiten Rechnung trägt und zudem einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Landesteilen anstrebt, möchte die wirtschaftliche Elite von Santa Cruz eine Autonomie durchbringen, bei der es vor allem um den Erhalt der Privilegien und des Reichtums geht. Viele Bürgerinnen und Bürger wurden im Abstimmungskampf verunsichert, da ihnen das Anliegen der Dezentralisierung ein wichtiges Anliegen ist, sie aber andererseits nicht einfach Wasser auf die Mühlen der reichen Oberschicht leiten möchten.

Das Resultat des Referendums vom 4. Mai spiegelt diesen Zwiespalt: Zwar haben rund 85% der Stimmenden das Autonomiestatut angenommen, aber der Protest zeigt sich in der hohen Stimmenthaltung von 38%, die zusammen mit den 14% Nein-Stimmen eine absolute Mehrheit gegen diese von Grossgrundbesitzern, Unternehmern und reichen Familien massgeschneiderte „Autonomie“ bilden. Zudem wurden viele Bürgerinnen und Bürger gezwungen oder „gekauft“, um für die Autonomie zu stimmen. Die Regierung von Evo Morales erklärte die Abstimmung noch am gleichen Tag für ungesetzlich und sprach von

einem „Misserfolg“ der Oligarchie von Santa Cruz. Die Autonomie-Frage wird aber so oder so ein politisch brisantes Thema bleiben, und viele Kritiker werfen der Regierung vor, dass sie nicht selber diese Frage in die politische Arena geworfen habe und sich deshalb jetzt in einer Patt-Situation befinde. Bei der Abstimmung im Jahre 2005, als es um den Einbezug der Autonomie-Frage in den neuen Verfassungsentwurf ging, hatte die jetzige Regierungspartei nach der anfänglichen Ja-Parole in einer unerklärlichen Kehrtwendung plötzlich gegen die Autonomie gestimmt, und damit nach Ansicht vieler Experten eine historische Chance vertan.

Wege aus der Patt-Situation?

Schon im Dezember des letzten Jahres hat Präsident Evo Morales ein Gesetz verabschiedet, nach dem er sein Mandat und jenes des Vizepräsidenten, sowie der Präfekten (Gouverneure der Departemente) in einem Plebiszit zu bestätigen oder gegebenenfalls zurück zu geben bereit ist. Seitdem hat der Kongress das Gesetz auf die lange Bahn geschoben, bis der Senat einen Tag nach der Abstimmung über das Autonomie-Statut das Gesetz in Rekordzeit debattiert und angenommen hat. Anscheinend hat der von der Opposition beherrschte Senat die Ereignisse in Santa Cruz in dem Sinne interpretiert, dass die Bevölkerungsmehrheit der Regierung von Evo Morales das Vertrauen entzogen habe und ihn deshalb in einem Plebiszit auch nicht mehr bestätigen werde.

Tatsächlich sind die Umstände für die Regierung nicht so günstig. Die seit rund einem halben Jahr galoppierende Inflation hat unter der ärmeren Bevölkerung viel Unmut bewirkt; viele Versprechen sind noch immer nicht eingelöst worden; die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch; und die Auswanderung konnte nicht gebremst werden. Die Opposition spielt geschickt auf dieser Tastatur des Unmuts des Volkes, während die offizielle Seite behauptet, dass die Lebensmittelknappheit künstlich herbeigeführt wurde, um die Regierung zu Fall zu bringen.

Falls auch die nationale Wahlbehörde dem Gesetz zustimmt, wird am 10. August dem Souverän die Frage vorgelegt: „Sind Sie mit der Politik der Veränderung der Regierung von Evo Morales und seines Vize einverstanden?“ Und in den Departementen werden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, ob sie ihren Präfekten bestätigen oder aber abwählen möchten. Für beide Seiten scheint es sich um ein Poker-Spiel zu handeln, bei dem die Leidtragenden so oder so die armen und mittellosen Bevölkerungsschichten sein werden, die sich tagtäglich sorgen müssen, wie sie überleben können. Ob der Hoffnungsträger Evo Morales dabei nochmals das Vertrauen dieser Habenichtse gewinnen wird, ist nicht ganz sicher, zumal die Situation sich seit seiner historischen Wahl im Dezember 2005 entscheidend geändert hat. Die damals tot gesagte Opposition ist wieder erwacht und hat am 4. Mai gezeigt, dass sie auch Menschen für ihre Sache mobilisieren kann, die ursprünglich an der Seite der Regierung gestanden und gekämpft haben. Immer stärker macht sich Ernüchterung und Frustration breit, und die ausschlaggebenden Argumente sind nicht mehr „Einschluss der indigenen Bevölkerung“, „Sozialismus“ und „Verstaatlichung der Bodenschätze“, sondern ganz einfach die gestiegenen Preise der Grundnahrungsmittel und die fehlenden Arbeitsplätze.